

Bundesgesetzblatt ¹⁶⁰⁹

Teil II

G 1998

2004 **Ausgegeben zu Bonn am 16. Dezember 2004** **Nr. 38**

Tag	Inhalt	Seite
16. 9.2004	Bekanntmachung zu dem Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen	1610
11.11.2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches	1612
11.11.2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der in Genf am 19. März 1991 unterzeichneten Fassung des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen	1612
11.11.2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Erhaltung der europäischen wild lebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume	1613
11.11.2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Verminderung der Staatenlosigkeit	1629
11.11.2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen	1629
11.11.2004	Bekanntmachung zu dem Europäischen Auslieferungsübereinkommen	1630
11.11.2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes	1631
12.11.2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über den Schutz von Schlachttieren	1632
12.11.2004	Bekanntmachung des deutsch-pakistanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1632
12.11.2004	Bekanntmachung des deutsch-bangladeschischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1635
12.11.2004	Bekanntmachung des deutsch-bangladeschischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1637
17.11.2004	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des VN-Waffenübereinkommens sowie der Protokolle hierzu	1639

**Bekanntmachung
zu dem Europäischen Übereinkommen
über die Rechtshilfe in Strafsachen**

Vom 16. September 2004

I.

Bulgarien hat dem Generalsekretär des Europarats am 5. Januar 2004 mit nachstehender Erklärung die teilweise Rücknahme seines bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten und nachfolgend am 11. März 2002 geänderten Vorbehalts zu Artikel 2 des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. 1964 II S. 1369, 1386) notifiziert (vgl. die Bekanntmachungen vom 27. März 1995, BGBl. II S. 347 und vom 19. September 2002, BGBl. II S. 2797):

(Übersetzung)

„On 12 November 2003 the National Assembly of the Republic of Bulgaria adopted a Law amending the Law for the Ratification of the European Convention on Mutual Assistance in Criminal Matters and the Additional Protocol thereto, the Convention on the Transfer of Sentenced Persons and the European Convention on Extradition and the two Additional Protocols thereto. The said Law was published in the Official Journal, No. 103/2003, dated 25 November 2003.

Therefore, the reservation made by the Republic of Bulgaria in respect of Article 2 of the European Convention on Mutual Assistance in Criminal Matters is partially withdrawn and shall read:

„The Republic of Bulgaria declares that it will refuse legal aid in cases where:

- the offender shall not be held responsible by virtue of amnesty;
- the criminal responsibility is precluded by statutory limitation;
- after having committed the offence, the offender has fallen into a state of lasting mental disturbance precluding criminal responsibility;
- there is a pending penal procedure, an enforceable sentence, an order or an enforceable decision to terminate the case, with respect to the same person for the same offence.”

„Am 12. November 2003 hat die Volksversammlung der Republik Bulgarien ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ratifikation des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen und seines Zusatzprotokolls, des Übereinkommens über die Überstellung verurteilter Personen sowie des Europäischen Auslieferungsübereinkommens und seiner beiden Zusatzprotokolle angenommen. Das genannte Gesetz wurde im Amtsblatt Nr. 103/2003 vom 25. November 2003 veröffentlicht.

Infolgedessen wird der Vorbehalt, den die Republik Bulgarien zu Artikel 2 des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen angebracht hatte, teilweise zurückgenommen und erhält nun folgenden Wortlaut:

„Die Republik Bulgarien erklärt, dass sie die Rechtshilfe verweigern wird, falls

- der Straftäter wegen der Gewährung von Straffreiheit von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit entbunden ist,
- eine Berufung auf die strafrechtliche Verantwortlichkeit wegen einer gesetzlich vorgesehenen Verjährung nicht möglich ist,
- der Straftäter nach Begehung der Straftat in einen Zustand anhaltender Störung der Geistestätigkeit verfallen ist, der eine strafrechtliche Verantwortlichkeit ausschließt,
- gegen dieselbe Person wegen derselben strafbaren Handlung ein Strafverfahren anhängig oder ein vollstreckbares Urteil, eine Verfügung oder ein vollstreckbarer Beschluss, die das Verfahren beenden, ergangen ist.“

II.

Irland hat dem Generalsekretär des Europarats am 16. September 2003 mit Wirkung vom 30. September 2003 folgenden Einspruch notifiziert:

(Übersetzung)

“The Government of Ireland objects to the territorial extension of the application of the Convention to the Isle of Man as between Ireland and the United Kingdom. This objection does not preclude the extension of the application of the Convention to the Isle of Man as between the United Kingdom and other Contracting Parties.”

„Die Regierung von Irland legt Einspruch dagegen ein, dass zwischen Irland und dem Vereinigten Königreich die Anwendung des Übereinkommens auf das Gebiet der Insel Man ausgedehnt wird. Dieser Einspruch schließt nicht aus, dass zwischen dem Vereinigten Königreich und anderen Vertragsparteien die Anwendung des Übereinkommens auf die Insel Man ausgedehnt wird.“

III.

Das Vereinigte Königreich hat dem Generalsekretär des Europarats am 18. Dezember 2003 folgende Erklärung zum Einspruch Irlands gegen die Ausdehnung des Anwendungsbereichs auf die Insel Man notifiziert:

(Übersetzung)

“The United Kingdom accepts the objection of Ireland, which it notes is based on grounds related to internal constitutional procedures. The United Kingdom hopes that the objection will be removed once these procedures have been completed.”

„Das Vereinigte Königreich akzeptiert den Einspruch von Irland, von dem es zur Kenntnis nimmt, dass er auf Gründen beruht, die mit innerstaatlichen verfassungsrechtlichen Verfahren im Zusammenhang stehen. Das Vereinigte Königreich hofft, dass der Einspruch zurückgenommen wird, sobald diese Verfahren abgeschlossen sind.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 1. Juli 2004 (BGBl. II S. 1194).

Berlin, den 16. September 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches**

Vom 11. November 2004

Das Übereinkommen vom 22. Juli 1964 über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches (BGBl. 1973 II S. 701), geändert durch das Protokoll vom 16. November 1989 (BGBl. 1993 II S. 15), ist nach seinem Artikel 12 Abs. 4 für

Litauen am 7. November 2004
in Kraft getreten.

Es wird ferner für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Bulgarien am 23. Dezember 2004
Malta am 5. Januar 2005.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 21. Juli 2003 (BGBl. II S. 828).

Berlin, den 11. November 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der in Genf am 19. März 1991 unterzeichneten Fassung
des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen**

Vom 11. November 2004

Die in Genf am 19. März 1991 unterzeichnete Fassung des Internationalen Übereinkommens vom 2. Dezember 1961 zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (BGBl. 1998 II S. 258) ist nach ihrem Artikel 37 Abs. 2 für

Jordanien am 24. Oktober 2004
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 18. August 2004 (BGBl. II S. 1366).

Berlin, den 11. November 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Erhaltung der europäischen wild lebenden
Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume**

Vom 11. November 2004

I.

Das Übereinkommen vom 19. September 1979 über die Erhaltung der europäischen wild lebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume (BGBl. 1984 II S. 618; 1998 II S. 2654) ist nach seinem Artikel 19 Abs. 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Albanien	am	1. Mai 1999
Andorra	am	1. Februar 2001
Aserbaidschan	am	1. Juli 2000
Belgien	am	1. Dezember 1990
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung		
Bulgarien	am	1. Mai 1991
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts		
Burkina Faso	am	1. Oktober 1990
Estland	am	1. Dezember 1992
Frankreich	am	1. August 1990
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts und des unter III. abgedruckten Einwands		
Island	am	1. Oktober 1993
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts und des unter III. abgedruckten Einwands		
Kroatien	am	1. November 2000
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Vorbehalte		
Lettland	am	1. Mai 1997
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts		
Litauen	am	1. Januar 1997
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Vorbehalte		
Malta	am	1. März 1994
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Vorbehalte und des unter III. abgedruckten Einwands		
Marokko	am	1. August 2001
Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	am	1. April 1999
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts		
Moldau, Republik	am	1. September 1994
Monaco	am	1. Juni 1994
Polen	am	1. Januar 1996
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Vorbehalte		
Rumänien	am	1. September 1993
Slowakei	am	1. Januar 1997
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts		
Slowenien	am	1. Januar 2000
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts		
Tschechische Republik	am	1. Juni 1998
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Vorbehalte		
Tunesien	am	1. Mai 1996
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts		
Ukraine	am	1. Mai 1999
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Vorbehalte		

Ungarn am 1. März 1990
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts
Zypern am 1. September 1988
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Vorbehalte.

Das Vereinigte Königreich hat dem Generalsekretär des Europarats am 24. August 1992 mit Wirkung vom gleichen Tage die Erstreckung des Übereinkommens auf die Insel Man notifiziert.

Das Vereinigte Königreich hat ferner am 24. Oktober 2001 mit Wirkung vom gleichen Tage die Erstreckung des Übereinkommens auf die Britischen Stützpunktgebiete auf Zypern notifiziert (mit Vorbehalt in Bezug auf die Art *Vipera lebetina* in Anhang II).

Das Vereinigte Königreich hat weiterhin am 25. Oktober 2002 mit Wirkung vom gleichen Tage die Erstreckung des Übereinkommens auf Jersey notifiziert.

II.

Folgende Staaten haben dem Generalsekretär des Europarats eine Erklärung bzw. einen Vorbehalt notifiziert:

Belgien am 24. August 1990 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:

(Übersetzung)

«Le Royaume de Belgique déclare que la capture d'oiseaux à des fins récréationnelles, en nombre limité et sans nuire à la survie des espèces concernées, continuera en Région Wallonne et qu'il a l'intention d'utiliser l'article 9 de la Convention à cet effet, sans préjudice des textes communautaires.

Les espèces concernées sont les suivantes:

Emberiza citrinella
Emberiza schoeniclus
Chloris chloris
Carduelis carduelis
Carduelis spinus
Carduelis flavirostris
Carduelis cannabina
Carduelis flammea
Loxia curvirostra
Coccothraustes coccothraustes.»

„Das Königreich Belgien erklärt, dass das Fangen von Vögeln in begrenzter Zahl als Freizeitbeschäftigung ohne Schaden für den Bestand der betreffenden Arten in der Wallonischen Region fortgesetzt wird und dass Belgien beabsichtigt, Artikel 9 des Übereinkommens unbeschadet der Rechtsvorschriften der Gemeinschaft in diesem Sinne anzuwenden.

Die betreffenden Arten sind folgende:

Emberiza citrinella
Emberiza schoeniclus
Chloris chloris
Carduelis carduelis
Carduelis spinus
Carduelis flavirostris
Carduelis cannabina
Carduelis flammea
Loxia curvirostra
Coccothraustes coccothraustes.“

Bulgarien am 31. Januar 1991 bei Hinterlegung der Genehmigungsurkunde:

(Übersetzung)

«En vertu du paragraphe 1 de l'article 22 de la Convention relative à la conservation de la vie sauvage et du milieu naturel de l'Europe du 1979, la République de Bulgarie se réserve le droit de ne pas appliquer les dispositions de la Convention en ce qui concerne les espèces suivantes incluses dans l'annexe II à ladite Convention:

mammifères – Citellus citellus, Canis lupus, Ursus arctos, Felis silvestris;
reptiles – Lacerta viridis, Lacerta trilineata, Lacerta agilis, Podarcis muralis, Podarcis taurica, Podarcis erhardii, Natrix tessellata;
amphibiens – Rama dalmatina.

La protection de ces espèces dans la République de Bulgarie ne s'avère pas nécessaire, leurs populations sur son territoire étant nombreuses.»

„Nach Artikel 22 Absatz 1 des Übereinkommens von 1979 über die Erhaltung der europäischen wild lebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume behält sich die Republik Bulgarien das Recht vor, das Übereinkommen nicht auf die folgenden in Anhang II des Übereinkommens enthaltenen Arten anzuwenden:

Säugetiere – Citellus citellus, Canis lupus, Ursus arctos, Felis silvestris;
Reptilien – Lacerta viridis, Lacerta trilineata, Lacerta agilis, Podarcis muralis, Podarcis taurica, Podarcis erhardii, Natrix tessellata;
Lurche – Rama dalmatina.

Da diese Arten in der Republik Bulgarien in großen Populationen vorkommen, erweist sich ihr Schutz in deren Hoheitsgebiet als nicht erforderlich.“

Frankreich am 26. April 1990 bei Hinterlegung der Genehmigungsurkunde:

(Übersetzung)

«En déposant son instrument d'approbation de cette Convention, le Gouvernement de la République française émet une réserve concernant l'annexe II «Espèces de faune strictement protégées» et relative à l'espèce «Chelonia mydas» ou tortue verte.»

„Bei der Hinterlegung der Genehmigungsurkunde zu diesem Übereinkommen macht die Regierung der Französischen Republik einen Vorbehalt zu Anhang II „Streng geschützte Tierarten“ in Bezug auf die Art „Chelonia mydas“ oder Pazifische Suppenschildkröte.“

Island am 17. Juni 1993 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:

(Übersetzung)

“Reservations are made regarding the following species:

In Appendix I regarding *Saxifraga hirculus*.

In Appendix II

a) regarding the taking of eggs from *Sterna paradisaea* and *Bucephala islandica*;

b) regarding the *Gavia stellata*, *Branta leucopsis*, *Alopex lagopus*, *Orcinus orca*, *Globicephala melaena*, *Phocaena phocaena*, *Hyperoodon rostratus*, *Lagenorhynchus albirostris*, *Sibbaldus musculus*, *Megaptera novaengliae*, *Eubalaena glacialis*, *Balaena mysticetus*, *Thalarctos maritimus*, *Delphinus delphis*, *Tursiops truncatus* and *Lagenorhynchus acutus*.

In Appendix III regarding *Corvus corax* and *Stercorarius parasiticus*.”

„In Bezug auf folgende Arten werden Vorbehalte gemacht:

In Anhang I in Bezug auf *Saxifraga hirculus*.

In Anhang II

a) in Bezug auf das Entnehmen von Eiern von *Sterna paradisaea* und *Bucephala islandica*;

b) in Bezug auf *Gavia stellata*, *Branta leucopsis*, *Alopex lagopus*, *Orcinus orca*, *Globicephala melaena*, *Phocaena phocaena*, *Hyperoodon rostratus*, *Lagenorhynchus albirostris*, *Sibbaldus musculus*, *Megaptera novaengliae*, *Eubalaena glacialis*, *Balaena mysticetus*, *Thalarctos maritimus*, *Delphinus delphis*, *Tursiops truncatus* und *Lagenorhynchus acutus*.

In Anhang III in Bezug auf *Corvus corax* und *Stercorarius parasiticus*.“

Kroatien am 3. Juli 2000 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:

(Übersetzung)

“Pursuant to the provisions of paragraph 1 of Article 22, the Republic of Croatia makes the following reservations relating to Articles 5, 6 and 7 of the Convention:

Appendix I

Salvinia natans: protection not to be implemented on fish farms.

Trapa natans: protection not to be implemented on fish farms.

Rheum rhaponticum.

Appendix II

To be considered a species mentioned in Appendix III:

- *Felis silvestris*
- *Ursus arctos*
- *Vipera ammodytes*.

Appendix III

- *Paracentrotus lividus*.”

„Nach Artikel 22 Absatz 1 des Übereinkommens macht die Republik Kroatien folgende Vorbehalte zu den Artikeln 5, 6 und 7 des Übereinkommens:

Anhang I

Salvinia natans: nicht zu schützen in Fischzuchtanlagen

Trapa natans: nicht zu schützen in Fischzuchtanlagen

Rheum rhaponticum.

Anhang II

Als in Anhang III aufgeführte Arten sind zu betrachten:

- *Felis silvestris*
- *Ursus arctos*
- *Vipera ammodytes*.

Anhang III

- *Paracentrotus lividus*.“

Lettland am 23. Januar 1997 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:

(Übersetzung)

“In pursuance of paragraph 1 of Article 22 of the Convention, the Republic of Latvia reserves the right not to apply the provisions of the Convention in respect of the following accordingly:

„Nach Artikel 22 Absatz 1 des Übereinkommens behält sich die Republik Lettland das Recht vor, das Übereinkommen nicht anzuwenden auf

Appendix I	Anhang I
Cypripedium calceolus L.	Cypripedium calceolus L.
Liparis loeselii (L.) Rich.	Liparis loeselii (L.) Rich.
Pulsatilla patens (L.) Miller	Pulsatilla patens (L.) Miller
Appendix II	Anhang II
Canis lupus	Canis lupus
Rana arvalis	Rana arvalis
Appendix III	Anhang III
Corvus corax	Corvus corax
Lampetra fluviatilis	Lampetra fluviatilis
Abramis vimba	Abramis vimba
Appendix IV	Anhang IV
Mammals	Säugetiere
Artificial light sources	künstliche Lichtquellen
Traps	Fallen
Birds	Vögel
Nets.”	Netze.“

Litauen am 5. September 1996 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:

(Übersetzung)

“In accordance with Article 22 of the said Convention, the Republic of Lithuania declares the following reservations:

I. Reservation in respect of Appendix II of the Convention:

A reservation is made concerning the fauna species *Canis lupus*, included in Appendix II as a ‘strictly protected fauna species’, which will be considered by the Republic of Lithuania as a ‘protected fauna species’ enjoying the regime of protection provided by the Convention for the species included in Appendix III.

II. Reservations regarding certain means or methods of killing and capture listed in Appendix IV for certain species:

For the capture of *Sus scrofa*, the use of devices for illuminating targets is allowed in Lithuania;

For the killing of Cervidae and birds, the use of semi-automatic weapons with a magazine capable of holding more than two rounds of ammunition is allowed in Lithuania;

For the capture of *Castor fiber*, the use of traps of special construction for selective capture is allowed in Lithuania.”

„Nach Artikel 22 des genannten Übereinkommens macht die Republik Litauen folgende Vorbehalte:

I. Vorbehalt in Bezug auf Anhang II des Übereinkommens:

Es wird ein Vorbehalt in Bezug auf die Tierart *Canis lupus* gemacht, die als ‚streng geschützte Tierart‘ in Anhang II enthalten ist und die von der Republik Litauen als ‚geschützte Tierart‘ angesehen wird und damit den Schutz genießt, den das Übereinkommen für die in Anhang III enthaltenen Arten vorsieht.

II. Vorbehalte in Bezug auf bestimmte in Anhang IV aufgeführte Mittel und Methoden des Tötens und Fangens bestimmter Arten:

Zum Fangen von *Sus scrofa* ist die Verwendung von Vorrichtungen zur Beleuchtung der Ziele in Litauen gestattet;

zum Töten von Hirscharten und Vögeln ist die Verwendung halbautomatischer Waffen, deren Magazin mehr als zwei Patronen aufnehmen kann, in Litauen gestattet;

zum Fangen von *Castor fiber* ist die Verwendung von Fallen besonderer Bauart zum selektiven Fangen in Litauen gestattet.“

Malta am 26. November 1993 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:

(Übersetzung)

“In pursuance of paragraph 1 of Article 22 of the Convention on the Conservation of European Wildlife and Natural Habitats of 1979, the Republic of Malta reserves the right not to apply the provisions of the Convention in respect of the following, accordingly:

„Nach Artikel 22 Absatz 1 des Übereinkommens von 1979 über die Erhaltung der europäischen wild lebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume behält sich die Republik Malta das Recht vor, das Übereinkommen nicht anzuwenden auf

- | | |
|--|--|
| <p>a) Aves – birds which can be trapped from 1st of September to the 31st of January.</p> <p>Appendix II</p> <p>Carduelis chloris
Carduelis carduelis
Carduelis spinus
Carduelis cannabina
Serinus serinus
Coccothraustes coccothraustes</p> <p>Appendix III</p> <p>Fringilla coelebs
Coturnix coturnix
Streptopelia turtur</p> <p>b) Aves – birds which can be trapped and shot from the 10th of April to the 20th of May.</p> <p>Appendix III</p> <p>Coturnix coturnix
Streptopelia turtur</p> <p>c) Nets (one of the means or methods of capture listed in Appendix IV) used in the trapping of species of birds listed in (a) and (b), above, and also of the Wild Rabbit <i>Oryctolagus cuniculus</i>.”</p> | <p>a) Vögel, die vom 1. September bis zum 31. Januar gefangen werden können:</p> <p>Anhang II</p> <p>Carduelis chloris
Carduelis carduelis
Carduelis spinus
Carduelis cannabina
Serinus serinus
Coccothraustes coccothraustes</p> <p>Anhang III</p> <p>Fringilla coelebs
Coturnix coturnix
Streptopelia turtur</p> <p>b) Vögel, die vom 10. April bis zum 20. Mai gefangen und geschossen werden können:</p> <p>Anhang III</p> <p>Coturnix coturnix
Streptopelia turtur</p> <p>c) Netze (Mittel oder Methoden des Fangens nach Anhang IV), die zum Fangen der unter den Buchstaben a und b genannten Vogelarten sowie des Wildkaninchens <i>Oryctolagus cuniculus</i> verwendet werden.“</p> |
|--|--|

Ferner hat Malta am 20. Februar 1997 und am 25. März 1997 mit nachstehender Erklärung die teilweise Rücknahme bzw. Änderung der vorstehenden Vorbehalte notifiziert:

(Übersetzung)

„Malta wishes to withdraw from two reservations it had made, when acceding to the Convention, namely the reservation re the shooting and taking of the *Streptopelia turtur* and *Coturnix coturnix*, and from its reservation re the means used for taking birds under Appendix IV.

Malta is in a position to withdraw its reservation re the *Fringilla coelebs* under Appendix III. Furthermore, Malta's withdrawal from the reservation regarding the use of nets for trapping, applies also to wild rabbits.

As from 17 February 1997, the reservation reads as follows:

‘In pursuance of paragraph 1 of Article 22 of the Convention on the Conservation of European Wildlife and Natural Habitats of 1979, the Republic of Malta reserves the right not to apply the provisions of the Convention in respect of the following, accordingly:

- a) Aves – birds which can be trapped from the 1st of September to the 31st of January.
- Appendix II
- Carduelis chloris
Carduelis carduelis
Carduelis spinus
Carduelis cannabina
Serinus serinus
Coccothraustes coccothraustes’ .”

„Malta möchte zwei beim Beitritt zu dem Übereinkommen gemachte Vorbehalte in Bezug auf das Schießen und Entnehmen von *Streptopelia turtur* und *Coturnix coturnix* sowie in Bezug auf die in Anhang IV genannten Mittel zum Entnehmen von Vögeln zurücknehmen.

Malta kann seinen Vorbehalt in Bezug auf *Fringilla coelebs* in Anhang III zurücknehmen. Ferner gilt die Rücknahme seines Vorbehalts zur Verwendung von Netzen für das Fangen auch für Wildkaninchen.

Vom 17. Februar 1997 an lautet der Vorbehalt wie folgt:

„Nach Artikel 22 Absatz 1 des Übereinkommens von 1979 über die Erhaltung der europäischen wild lebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume behält sich die Republik Malta das Recht vor, das Übereinkommen nicht anzuwenden auf

- a) Vögel, die vom 1. September bis zum 31. Januar gefangen werden können:
- Anhang II
- Carduelis chloris
Carduelis carduelis
Carduelis spinus
Carduelis cannabina
Serinus serinus
Coccothraustes coccothraustes’ .“

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien am 17. Dezember 1998 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:

(Übersetzung)

“The Republic of Macedonia shall be considered bound by all the paragraphs of the Convention, with the following exceptions:

1. Appendix II – Strictly protected fauna species does not apply to *Canis lupus*, *Felis silvestris*, *Anser erythropus*, *Gallinago media* and *Accipiter gentilis*.
2. Appendix III – Protected fauna species does not apply to *Meles meles*, *Mustela nivalis*, *Putorius putorius*, *Vormela perugusna*, *Martes martes*, *Martes foina*, *Phalacrocorax carbo* and *Ardea cinerea*.”

„Die Republik Mazedonien ist durch alle Bestimmungen des Übereinkommens als gebunden zu betrachten, mit folgenden Ausnahmen:

1. Anhang II – Die Bezeichnung ‚Streng geschützte Tierarten‘ ist nicht anzuwenden auf *Canis lupus*, *Felis silvestris*, *Anser erythropus*, *Gallinago media* und *Accipiter gentilis*.
2. Anhang III – Die Bezeichnung ‚Geschützte Tierarten‘ ist nicht anzuwenden auf *Meles meles*, *Mustela nivalis*, *Putorius putorius*, *Vormela perugusna*, *Martes martes*, *Martes foina*, *Phalacrocorax carbo* and *Ardea cinerea*.“

Polen hat am 13. September 1995 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde Vorbehalte zu dem Übereinkommen angebracht, die gegenüber dem Europarat am 20. Mai 1998 in folgende Fassung berichtigt wurden:

(Übersetzung)

“Pursuant to Article 22, paragraph 1, the Republic of Poland makes the following reservations regarding Appendices I, II and III:

1. The undermentioned flora species specified in Appendix I as ‘strictly protected’ are not endangered in Poland and will not be placed under protection:

Marsilea quadrifolia L., *Botrychium simplex* Hitchc., *Ophioglossum polyphyllum* A. Braun, *Caldesia parnassifolia* (L.) Parl., *Luronium natans* (L.) Raf., *Ligularia sibirica* (L.) Cass., *Saxifraga hirculus* L., *Najas flexilis* (Willd.) Rostk. & W. L. Schmidt, *Thesium ebracteatum* Hayne, *Lindernia procumbens* (Krocker) Philcox, *Angelica palustris* (Besser) Hoffman, *Drepanocladus vernicosus* (Mitt.) Warnst., *Buxbaumia viridis* (Moug. ex Lam & DC.) Brid, ex Moug. & Nestl., *Dichelyma capillaceum* (With.) Myr., *Pyramidula tetragona* (Brid.) Brid., *Meesia longiseta* Hedw., *Orthotrichum rogeri* Brid.

2. From among fauna species listed in Appendix II as ‘strictly protected’, *Canis lupus* will enjoy in Poland another regime of protection than provided for by the Convention.
3. From among fauna species listed in Appendix III, *Leucaspius delineatus* is not a species endangered in Poland and will not be placed under protection.”

„Nach Artikel 22 Absatz 1 macht die Republik Polen folgende Vorbehalte in Bezug auf die Anhänge I, II und III:

1. Die nachstehend genannten Pflanzenarten, die in Anhang I als ‚streng geschützt‘ aufgeführt sind, werden, da sie in Polen nicht gefährdet sind, dort nicht geschützt:

Marsilea quadrifolia L., *Botrychium simplex* Hitchc., *Ophioglossum polyphyllum* A. Braun, *Caldesia parnassifolia* (L.) Parl., *Luronium natans* (L.) Raf., *Ligularia sibirica* (L.) Cass., *Saxifraga hirculus* L., *Najas flexilis* (Willd.) Rostk. & W. L. Schmidt, *Thesium ebracteatum* Hayne, *Lindernia procumbens* (Krocker) Philcox, *Angelica palustris* (Besser) Hoffman, *Drepanocladus vernicosus* (Mitt.) Warnst., *Buxbaumia viridis* (Moug. ex Lam & DC.) Brid, ex Moug. & Nestl., *Dichelyma capillaceum* (With.) Myr., *Pyramidula tetragona* (Brid.) Brid., *Meesia longiseta* Hedw., *Orthotrichum rogeri* Brid.

2. Unter den in Anhang II als ‚streng geschützt‘ aufgeführten Tierarten genießt *Canis lupus* einen anderen Schutz als den in dem Übereinkommen vorgesehenen.
3. Unter den in Anhang III aufgeführten Tierarten wird *Leucaspius delineatus*, da er in Polen nicht zu den gefährdeten Arten zählt, dort nicht geschützt.“

Die Slowakei am 23. September 1996 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:

(Übersetzung)

“In accordance with Article 22, paragraph 1, of the Convention, the Slovak Republic makes a reservation regarding

„Nach Artikel 22 Absatz 1 des Übereinkommens macht die Slowakische Republik einen Vorbehalt in Bezug auf zwei Tierarten

two kinds of animals according to Appendix II (Strictly Protected Fauna Species) – Canis lupus and Ursus arctos.”

in Anhang II (Streng geschützte Tierarten) – Canis lupus und Ursus arctos.“

Slowenien am 29. September 1999 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:

(Übersetzung)

“Pursuant to the provisions of paragraph 1 of Article 22 and in connection with Article 6 of the Convention, the Republic of Slovenia makes reservations to the Appendix II for the species of wolf (Canis lupus) and brown bear (Ursus arctos).”

„Nach Artikel 22 Absatz 1 und in Zusammenhang mit Artikel 6 des Übereinkommens macht die Republik Slowenien Vorbehalte zu Anhang II in Bezug auf die Arten Wolf (Canis lupus) und Braunbär (Ursus arctos).“

Die Tschechische Republik am 8. Oktober 1997 bei Unterzeichnung, bestätigt am 25. Februar 1998 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:

(Übersetzung)

“The Czech Republic makes the following reservations, pursuant to Article 22, paragraph 1, of the Convention:

- Reservation to the inclusion of the following species in Appendix II of the Convention: Canis lupus, Ursus arctos, Bubo bubo, Buteo buteo, Buteo lagopus, Accipiter gentilis and Falco tinnunculus with respect to the current proliferation of these species in the territory of the Czech Republic, with respect to the need for regulation of nutrition specialists and with respect to the current use of falconry. In the event of an emergency the regime corresponding to the species specified in Appendix II shall be applied to all the above mentioned wild fauna species.
- Reservation to the inclusion of Capra aegagrus in Appendix II of the Convention with respect to the existence of breeding only in game-parks of genetically unsuitable animals of this species which is not indigenous to the Czech Republic.
- Reservation to the inclusion in Appendix IV of the Convention of semi-automatic or automatic weapons with a magazine capable of holding more than two rounds of ammunition with respect to Act. No. 23/1962 on gamekeeping as amended by later regulations and Ordinance No. 134/1996 on the Implementation of the Act on Gamekeeping, which permit the use of such weapons for hunting.”

„Die Tschechische Republik macht nach Artikel 22 Absatz 1 des Übereinkommens die folgenden Vorbehalte:

- Vorbehalt zur Aufnahme der folgenden Arten in Anhang II des Übereinkommens: Canis lupus, Ursus arctos, Bubo bubo, Buteo buteo, Buteo lagopus, Accipiter gentilis und Falco tinnunculus im Hinblick auf die gegenwärtige Verbreitung dieser Arten im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik, im Hinblick auf den Regulierungsbedarf für Ernährungssachverständige und im Hinblick auf die gegenwärtige Nutzung der Falknerie. Im Notfall wird das auf die in Anhang II aufgeführten Arten angewandte System auf alle genannten wild lebenden Tierarten angewandt.
- Vorbehalt zur Aufnahme von Capra aegagrus in Anhang II des Übereinkommens, da die Aufzucht genetisch ungeeigneter Tiere dieser Art, die in der Tschechischen Republik nicht heimisch ist, nur in Wildreservaten erfolgt.
- Vorbehalt zur Aufnahme halbautomatischer oder automatischer Waffen, deren Magazin mehr als zwei Patronen aufnehmen kann, in Anhang IV des Übereinkommens im Hinblick auf das Gesetz Nr. 23/1962 über die Wildhege in der durch spätere Vorschriften geänderten Fassung sowie auf die Verordnung Nr. 134/1996 über die Durchführung des Gesetzes über die Wildhege, welche die Verwendung solcher Waffen für die Jagd gestatten.“

Tunesien am 12. Januar 1996 bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde:

(Übersetzung)

«La République tunisienne déclare qu'en application des dispositions de l'article 22 de la Convention, elle émet des réserves et ne se considère pas engagée pour la prise de mesures de protection concernant certaines espèces végétales et animales figurant dans les annexes, étant considéré que la multiplication de ces espèces en Tunisie est incompatible actuellement avec la protection stipulée par la Convention.

„Die Tunesische Republik erklärt, dass sie nach Artikel 22 des Übereinkommens Vorbehalte macht und sich nicht als verpflichtet betrachtet, Maßnahmen zum Schutz einiger in den Anhängen genannter Pflanzen- und Tierarten zu ergreifen, da davon ausgegangen wird, dass die Vermehrung dieser Arten in Tunesien gegenwärtig mit dem in dem Übereinkommen festgelegten Schutz unvereinbar ist.

Ces espèces sont:	Diese Arten sind:
Annexe I: Reseda decursiva Forssk. Gibraltar Sideritis incana L. ssp. glauca (Cav.) Malagarriga	Anhang I: Reseda decursiva Forssk. Gibraltar Sideritis incana L. ssp. glauca (Cav.) Malagarriga
Annexe II: Bufo viridis.»	Anhang II: Bufo viridis.“

Die Ukraine am 5. Januar 1999 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:

(Übersetzung)

„The Verkhovna Rada of Ukraine declares that Ukraine has become a party of the Convention, with reservations as follows:

1. It is allowed in Ukraine, in restricted number and under conditions of relevant control, towards such species mentioned in Appendix II to the Convention:

spot regulation of number of *Canis lupus* and *Ursus arctos* with a view to prevent their negative influence on other species, serious harm to livestock and other objects of property;

exploitation of *Gallinago media* because of its big number and diffusion.

2. It is allowed to use the following means and methods of killing, capture and other forms of exploitation, mentioned in Appendix IV to the Convention:

snares and nets – for catching mammals and birds, mentioned in Appendix III, with scientific purpose and migration;

traps – for exploitation of *Canis lupus*, mentioned in Appendix II; *Marmota marmota bobac*, *Castor fiber*, *Putorius (Mustela) putorius*, *Martes martes*, *Martes foina*, mentioned in Appendix III to the Convention.“

„Das Parlament der Ukraine (Verkhovna Rada) erklärt, dass die Ukraine Vertragspartei des Übereinkommens geworden ist und die folgenden Vorbehalte gemacht hat:

1. In Bezug auf in Anhang II des Übereinkommens aufgeführte Arten ist in der Ukraine, in begrenztem Umfang und unter entsprechenden Kontrollbedingungen, Folgendes gestattet:

die örtliche Regulierung der Anzahl von *Canis lupus* und *Ursus arctos* mit dem Ziel, ihren nachteiligen Einfluss auf andere Arten, ernste Schäden an Viehbeständen und anderem Eigentum zu verhüten;

die Nutzung von *Gallinago media* aufgrund der großen Anzahl und weiten Verbreitung.

2. Es ist gestattet, die folgenden in Anhang IV des Übereinkommens aufgeführten Mittel und Methoden des Tötens, Fangens und anderer Formen der Nutzung zu verwenden:

Schlingen und Netze zum Fangen von in Anhang III aufgeführten Säugetieren und Vögeln für wissenschaftliche Zwecke und Wanderung;

Fallen für die Nutzung von *Canis lupus*, in Anhang II aufgeführt, und *Marmota marmota bobac*, *Castor fiber*, *Putorius (Mustela) putorius*, *Martes martes*, *Martes foina*, in Anhang III des Übereinkommens aufgeführt.“

Ungarn am 16. November 1989 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:

(Übersetzung)

„Appendix I	„Anhang I
From among the plant species specified in Appendix I, three species occur in Hungary. The following plant species are not protected:	Von den in Anhang I aufgeführten Pflanzenarten kommen drei Arten in Ungarn vor. Folgende Pflanzenarten sind nicht geschützt:
<i>Centaurea horrida</i> Badaro <i>Rheum rhaponticum</i> L.	<i>Centaurea horrida</i> Badaro <i>Rheum rhaponticum</i> L.
There are 414 protected plant species in Hungary which are not listed in Appendix I of the Convention.	Es gibt in Ungarn 414 geschützte Pflanzenarten, die in Anhang I des Übereinkommens nicht aufgeführt sind.
Appendix II	Anhang II
From among the species specified in Appendix II, the following ones are not protected in Hungary in any way:	Von den in Anhang II aufgeführten Arten sind die folgenden in Ungarn in keiner Weise geschützt:
<i>Cricetus cricetus</i> <i>Coenagrion fregi</i>	<i>Cricetus cricetus</i> <i>Coenagrion fregi</i>

Coenagrion mercuriale
 Stylurus (= Gomphus) flavipes
 Ophiogomphus cecilia
 Oxygastra curtisii
 Leucorrhinia caudalis
 Leucorrhinia pectoralis
 Graphoderus bilineatus
 Cucujus cinnaberinus
 Melanargia arge
 Erebia calcaria
 Lopinga achine
 Lycaena dispar
 Maculinea arion
 Maculinea teleius

Appendix III

From among the species specified in Appendix III, the following ones are not protected in Hungary:

Martes foina
 Putorius putorius
 Falacrocorax carbo
 Fulica atra
 Streptopelia decaocto
 Passer montanus
 Eudontomyzon mariae
 Eudontomyzon vladkovi
 Lampetra planeri
 Alosa pontica
 Coregonus albula
 Coregonus lavarodus
 Thymallus thymallus
 Abramis ballerus
 Abramis sapa
 Abramis vimba
 Chalcalburnus chalcoides
 Chondrostoma nasus
 Pelecus cultratus
 Rhodeus sericeus
 Rutilus frisii
 Rutilus pigus
 Gymnocephalus baloni
 Astacus astacus
 Helix pomatia
 Hirudo medicinalis

Appendix IV

For the capture of Cervidae the use of anaesthetic shot and anaesthetic bait is allowed in Hungary.

For the capture of *Lepus capensis* the use of nets is allowed in Hungary.

For the killing of the following species the use of semi-automatic weapons is allowed in Hungary:

Lepus capensis
Phasianus colchicus
Perdix perdix
Anser albifrons
Anser fabalis
Anas platyrhynchos
Anas querquedula
Anas crecca
Anas penelope
Aythya ferina
Fulica atra
Scolopax rusticola
Streptopelia decaocto
Columba palumbus."

Coenagrion mercuriale
 Stylurus (= Gomphus) flavipes
 Ophiogomphus cecilia
 Oxygastra curtisii
 Leucorrhinia caudalis
 Leucorrhinia pectoralis
 Graphoderus bilineatus
 Cucujus cinnaberinus
 Melanargia arge
 Erebia calcaria
 Lopinga achine
 Lycaena dispar
 Maculinea arion
 Maculinea teleius

Anhang III

Von den in Anhang III aufgeführten Arten sind die folgenden in Ungarn nicht geschützt:

Martes foina
Putorius putorius
Falacrocorax carbo
Fulica atra
Streptopelia decaocto
Passer montanus
Eudontomyzon mariae
Eudontomyzon vladkovi
Lampetra planeri
Alosa pontica
Coregonus albula
Coregonus lavarodus
Thymallus thymallus
Abramis ballerus
Abramis sapa
Abramis vimba
Chalcalburnus chalcoides
Chondrostoma nasus
Pelecus cultratus
Rhodeus sericeus
Rutilus frisii
Rutilus pigus
Gymnocephalus baloni
Astacus astacus
Helix pomatia
Hirudo medicinalis

Anhang IV

Zum Fangen von Hirscharten ist die Verwendung betäubend wirkender Schüsse und Köder in Ungarn gestattet.

Zum Fangen von Feldhasen ist die Verwendung von Netzen in Ungarn gestattet.

Zum Töten der folgenden Arten ist die Verwendung halbautomatischer Waffen in Ungarn gestattet:

Lepus capensis
Phasianus colchicus
Perdix perdix
Anser albifrons
Anser fabalis
Anas platyrhynchos
Anas querquedula
Anas crecca
Anas penelope
Aythya ferina
Fulica atra
Scolopax rusticola
Streptopelia decaocto
Columba palumbus."

Zypern am 16. Mai 1988 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:

(Übersetzung)

„In conformity with paragraph 1 of Article 22 of the said Convention the Republic of Cyprus enters the following reservations:

1. The undermentioned fauna species included in Appendix II as 'Strictly protected fauna species' will be considered by the Republic of Cyprus as 'protected fauna species' enjoying the regime of protection provided for by the Convention for the species included in Appendix III:

- Calandrella brachydactyla
- Calandrella refuscens
- Melanocorypha calandra
- Merops apiaster.

2. The undermentioned fauna species included in Appendix II will not be considered by the Republic of Cyprus as enjoying the regime of protection provided for by the said Convention for the species included in the said Appendix:

- Vipera lebetina.”

„In Übereinstimmung mit Artikel 22 Absatz 1 des Übereinkommens macht die Republik Zypern folgende Vorbehalte:

1. Die folgenden Tierarten, die in Anhang II als ‚streng geschützte Tierarten‘ enthalten sind, werden von der Republik Zypern als ‚geschützte Tierarten‘ angesehen und genießen den Schutz, den das Übereinkommen für die in Anhang III aufgeführten Arten vorsieht:

- Calandrella brachydactyla
- Calandrella refuscens
- Melanocorypha calandra
- Merops apiaster.

2. Die folgenden Tierarten, die in Anhang II enthalten sind, werden von der Republik Zypern nicht so betrachtet, als genössen sie den Schutz, den das Übereinkommen für die in dem genannten Anhang enthaltenen Arten vorsieht:

- Vipera lebetina.“

III.

Folgende Staaten haben dem Generalsekretär des Europarats Einwände nach Artikel 17 Abs. 3 in Bezug auf die Änderungen der Anhänge zu dem Übereinkommen notifiziert:

Dänemark am 11. April 1991:

(Übersetzung)

„I hereby, on behalf of the Danish authorities, have the honour to notify a partial objection in respect to the inclusion of lower plants (Bryophytes) to Appendix I. The objection is partial in the sense that it only concerns the obligations in Article 5, and it does not concern obligations according to other Articles of the Convention that follow from the amendment. In particular, it does not concern Article 4, paragraph 1.

Denmark thus has no objections to ensure the habitats of the Bryophytes with Danish occurrence included in connection with the amendment of Appendix I, but it does not intend to carry out legislative species protection of these plants.

The objection applies to all Bryophyte species in Appendix I occurring in Denmark. According to present knowledge this includes the following 5 species from the amended list:

- Buxbaumia viridis
- Dichelyma capillaceum
- Drepanocladus vernicosus
- Meesia longiseta
- Orthotrichum rogeri.

For the sake of good order I add that Denmark is not notifying any objections in connection with the amendments concerning higher plants (Ferns and Flowering plants) to Appendix I of the Convention.”

„Hiermit beehre ich mich, im Namen der dänischen Behörden einen teilweisen Einwand in Bezug auf die Aufnahme niederer Pflanzen (Moose) in Anhang I zu notifizieren. Es handelt sich um einen teilweisen Einwand insofern, als er nur die Verpflichtungen nach Artikel 5 und nicht Verpflichtungen nach anderen Artikeln des Übereinkommens, die sich aus der Änderung ergeben, betrifft. Insbesondere betrifft er nicht Artikel 4 Absatz 1.

Dänemark hat daher keine Einwände dagegen, die Lebensräume der in Dänemark vorkommenden Moose, die im Zusammenhang mit der Änderung des Anhanges I aufgenommen wurden, zu sichern, beabsichtigt jedoch nicht, diese Pflanzen unter gesetzlichen Artenschutz zu stellen.

Der Einwand gilt für alle in Anhang I aufgeführten Moosarten, die in Dänemark vorkommen. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand sind dies die folgenden 5 in der geänderten Liste enthaltenen Arten:

- Buxbaumia viridis
- Dichelyma capillaceum
- Drepanocladus vernicosus
- Meesia longiseta
- Orthotrichum rogeri.

Der Ordnung halber füge ich hinzu, dass Dänemark in Bezug auf höhere Pflanzen (Farn- und Blütenpflanzen) keine Einwände im Zusammenhang mit den Änderungen des Anhanges I des Übereinkommens notifiziert.“

Frankreich am 6. März 1992:

(Übersetzung)

«J'ai l'honneur de vous faire connaître, en application de l'article 17, paragraphe 3 de la Convention relative à la conservation de la vie sauvage et du milieu naturel de l'Europe, l'objection du Gouvernement de la République française à l'inclusion de l'espèce *Trapa natans* L. (châtaigne d'eau) à l'Annexe I de ladite Convention décidée lors de la 11^{ème} réunion du Comité Permanent de la Convention.

„Ich beehre mich, Sie nach Artikel 17 Absatz 3 des Übereinkommens über die Erhaltung der europäischen wild lebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume darüber zu unterrichten, dass die Regierung der Französischen Republik gegen die auf der 11. Tagung des Ständigen Ausschusses des Übereinkommens beschlossene Aufnahme der Art *Trapa natans* L. (Wassernuss) in den Anhang I des genannten Übereinkommens Einwand erhebt.

Cette espèce n'étant pas menacée en France, les mesures de protection prévues par la Convention ne sont pas justifiées à son égard.»

Da die Art in Frankreich nicht gefährdet ist, sind die in dem Übereinkommen vorgesehenen Schutzmaßnahmen für sie nicht gerechtfertigt.“

Island am 25. April 1996:

(Übersetzung)

“With this letter, and in accordance with Article 17, paragraph 3, of the Convention, the Government of Iceland notifies objections to the amendments adopted by the Standing Committee on 26 January 1996, regarding inclusion of *Monodon monoceros*, *Globicephala macrorhynchus*, *Stenella frontalis*, *Kogia breviceps*, *Balaenoptera edeni* and *Balaenoptera physalus* in Appendix II of the Convention.

„Mit diesem Schreiben sowie nach Artikel 17 Absatz 3 des Übereinkommens notifiziert die Regierung von Island Einwände gegen die vom Ständigen Ausschuss am 26. Januar 1996 beschlossenen Änderungen in Bezug auf die Aufnahme von *Monodon monoceros*, *Globicephala macrorhynchus*, *Stenella frontalis*, *Kogia breviceps*, *Balaenoptera edeni* und *Balaenoptera physalus* in Anhang II des Übereinkommens.

As has been clearly expressed by the Icelandic delegation at the meeting of the Standing Committee, no criteria were used for including cetaceans in Appendix II. It is this lack of defined criteria, as well as disregard of available scientific information on population and population trends of species, which is unacceptable to Iceland. The decision is also not in conformity with the results of the United Nations Conference on Environment and Development. In particular, Iceland pointed out that the proposal included species which, according to reliable scientific data, are not threatened. A particular concern of the Icelandic Government is the inclusion of *Balaenoptera physalus* and *Monodon monoceros* in Appendix II.

Wie die isländische Delegation auf der Tagung des Ständigen Ausschusses deutlich gemacht hat, wurden für die Aufnahme von Walen in Anhang II keine Kriterien zugrunde gelegt. Das Fehlen näher bestimmter Kriterien sowie die Nichtbeachtung verfügbarer wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Population und Populationsentwicklung der Arten sind für Island nicht hinnehmbar. Der Beschluss steht ferner nicht im Einklang mit den Ergebnissen der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung. Island hat insbesondere darauf hingewiesen, dass der Vorschlag Arten einschloss, die zuverlässigen wissenschaftlichen Daten zufolge nicht gefährdet sind. Die isländische Regierung ist besonders besorgt über die Aufnahme von *Balaenoptera physalus* und *Monodon monoceros* in Anhang II.

We would also like to state that if new scientific information shows that these species are in fact threatened, measured against reasonable criteria, taking into account the precautionary principle, the Government of Iceland is willing to reconsider this notification.

Wir möchten ferner feststellen, dass die Regierung von Island bereit ist, diese Notifikation erneut zu prüfen, wenn neue wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass diese Arten nach vernünftigen Kriterien sowie unter Berücksichtigung des Vorsorgeprinzips tatsächlich gefährdet sind.

With respect to the other species concerned on which no data was provided, Iceland will reassess its position when defined criteria have been developed by the Standing Committee and data provided on the state of these species.”

In Bezug auf die übrigen betroffenen Arten, zu denen keine Angaben gemacht wurden, wird Island seine Haltung überdenken, sobald der Ständige Ausschuss näher bestimmte Kriterien erarbeitet hat und Angaben zum Zustand dieser Arten verfügbar sind.“

Griechenland am 6. März 1992:

(Übersetzung)

“Pursuant to Article 17 of the Bern Convention, reservations are made as set below in respect to flora species included in Appendix I of the Bern Convention, according to the relevant decision of the Standing Committee:

- i. A temporal reservation, until the designation of key sites in Greece for the following species: *Pilularia minuta*, *Ranunculus fontanus*, *Trapa natans*, *Adonis cyllenea*, *Trachelium asperuloides*, *Verbascum cylleneum*, *Bupleurum capillare*.
- ii. For the species *Linaria hellenica*, a reservation for the site Vatika Lakonia, Peloponese.
- iii. For the species *Carlina diae*, a reservation for the Gianissada site.”

„Nach Artikel 17 des Berner Übereinkommens werden nachstehende Vorbehalte in Bezug auf Pflanzenarten angebracht, die aufgrund des einschlägigen Beschlusses des Ständigen Ausschusses in Anhang I des Berner Übereinkommens aufgenommen wurden:

- i. Ein zeitweiliger Vorbehalt wird angebracht, bis die Hauptverbreitungsgebiete folgender Arten in Griechenland bestimmt sind: *Pilularia minuta*, *Ranunculus fontanus*, *Trapa natans*, *Adonis cyllenea*, *Trachelium asperuloides*, *Verbascum cylleneum*, *Bupleurum capillare*.
- ii. Für die Art *Linaria hellenica* wird ein Vorbehalt zum Gebiet Vatika Lakonia, Peloponnes, angebracht.
- iii. Für die Art *Carlina diae* wird ein Vorbehalt zum Gebiet Gianissada angebracht.“

Griechenland am 4. März 1998:

(Übersetzung)

“Referring to the amendments of Appendix I – Strictly Protected Flora Species – which have been adopted by the 17th Meeting of the Standing Committee of the Bern Convention, as they appear in Appendix 4 of document T-PVS(97)Misc 2, Greece enters an objection for the species:

Ophrys oestriphera
Ophrys taurica
Orchis provencialis

in the sense of examining their conservation status, with regard to their potential European Community interest, in the context of the NATURA 2000 network establishment.”

„In Bezug auf die Änderungen des Anhangs I (Streng geschützte Pflanzenarten), die auf der 17. Tagung des Ständigen Ausschusses des Berner Übereinkommens beschlossen und in Anhang 4 des Dokuments T-PVS(97)Misc 2 veröffentlicht wurden, erhebt Griechenland einen Einwand gegen die Arten

Ophrys oestriphera,
Ophrys taurica,
Orchis provencialis,

um ihre Erhaltungssituation im Hinblick auf ihr mögliches Interesse für die Europäische Gemeinschaft im Zusammenhang mit der Errichtung des Netzes Natura 2000 zu untersuchen.“

Malta am 17. Februar 1998 und am 4. März 1998:

(Übersetzung)

“In pursuance of Article 17, paragraph 3, of the Convention, Malta is making an objection in respect of the following species included in Appendix III (as recently amended):

Appendix III
Epinephelus marginatus
Lamna nasus
Palinurus elephas
Raja alba
Squatina squatina.”

„Nach Artikel 17 Absatz 3 des Übereinkommens erhebt Malta einen Einwand in Bezug auf die folgenden in Anhang III (in der kürzlich geänderten Fassung) aufgenommenen Arten:

Anhang III
Epinephelus marginatus
Lamna nasus
Palinurus elephas
Raja alba
Squatina squatina.“

Norwegen am 11. April 1991 zu Anhang I:

(Übersetzung)

“Norway is not going to notify any objection with respect to the inclusion of additional higher plants (ferns and flowering plants) to Appendix I to the Convention.

„Norwegen notifiziert keine Einwände in Bezug auf die Aufnahme zusätzlicher höherer Pflanzen (Farn- und Blütenpflanzen) in Anhang I des Übereinkommens.

The Directorate for Nature Management will however, on behalf of the Norwegian Government, hereby notify a partial objection with respect to the inclusion of Bryophytes in Appendix I. The objection only applies to the obligations in Article 5, that is:

‘Each Contracting Party shall take appropriate and necessary legislative and administrative measures to ensure the special protection of wild flora species specified in Appendix I. Deliberate picking, collecting, cutting or uprooting of such plants shall be prohibited. Each Contracting Party shall, as appropriate, prohibit the possession or sale of these species.’

The Objection does not cover obligations contained in other Articles of the Convention, such as the obligations following from Article 4, paragraph 1:

‘Each Contracting Party shall take appropriate and necessary legislative and administrative measures to ensure the conservation of the habitats of the wild flora and fauna species, especially those specified in the Appendices I and II, and the conservation of endangered natural habitats.’

In other words, Norway does not object to ensuring habitats of the Bryophyte species included in Appendix I. However, we do not at the present stage intend to adopt legislative species protection measures for these plants.

The objection applies to all Bryophyte species added to Appendix I. According to our present knowledge the following species are registered in Norway: *Scapania massalongi*, *Atractylocarpus alpinus*, *Buxbaumia viridis*, *Cynodontium suecicum*, *Dicranum viride*, *Drepanocladus vernicosus*, *Meesia longiseta* and *Orthotrichum rogeri*.”

Norwegen am 25. April 1996 zu Anhang II:

“The 15th Standing Committee Meeting of the Bern Convention, 22–26 January 1996 decided to list certain mammalian species in Appendix II. According to Article 17, paragraph 3, of the Convention, Contracting Parties may notify objections to any amendment within three months after its adoption.

On behalf of the Norwegian Government, the Directorate for Nature Management will hereby notify objections concerning the listing of the following species:

Monodon monoceros	Narwhal
Balaenoptera physalus	Finwhale

Monodon monoceros:

Monodon monoceros has already been listed in Appendix III of the Convention, and

Das Direktorat für Naturbewirtschaftung notifiziert jedoch hiermit im Namen der norwegischen Regierung einen teilweisen Einwand in Bezug auf die Aufnahme von Moosen in Anhang I. Dieser Einwand gilt nur für die Verpflichtungen nach Artikel 5, der wie folgt lautet:

„Jede Vertragspartei ergreift die geeigneten und erforderlichen gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen, um den besonderen Schutz der in Anhang I aufgeführten wild lebenden Pflanzenarten sicherzustellen. Es ist zu verbieten, diese Pflanzen absichtlich zu pflücken, zu sammeln, abzuschneiden, auszugraben oder auszureißen. Jede Vertragspartei verbietet, soweit erforderlich, den Besitz oder den Verkauf dieser Arten.“

Der Einwand umfasst nicht die in anderen Artikeln des Übereinkommens erhaltenen Verpflichtungen, wie zum Beispiel diejenigen, die sich aus Artikel 4 Absatz 1 ergeben:

„Jede Vertragspartei ergreift die geeigneten und erforderlichen gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen, um die Erhaltung der Lebensräume wild lebender Pflanzen- und Tierarten, insbesondere der in den Anhängen I und II genannten Arten, sowie die Erhaltung gefährdeter natürlicher Lebensräume sicherzustellen.“

Norwegen erhebt mit anderen Worten keine Einwände gegen die Sicherung der Lebensräume der in Anhang I aufgenommenen Moosarten. Wir beabsichtigen jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht, gesetzliche Artenschutzmaßnahmen für diese Pflanzen zu ergreifen.

Der Einwand gilt für alle Moosarten, um die der Anhang I ergänzt wurde. Nach unserem gegenwärtigen Kenntnisstand sind die folgenden Arten in Norwegen registriert: *Scapania massalongi*, *Atractylocarpus alpinus*, *Buxbaumia viridis*, *Cynodontium suecicum*, *Dicranum viride*, *Drepanocladus vernicosus*, *Meesia longiseta* und *Orthotrichum rogeri*.“

(Übersetzung)

„Auf der 15. Tagung des Ständigen Ausschusses des Berner Übereinkommens vom 22. bis 26. Januar 1996 wurde beschlossen, bestimmte Säugetierarten in Anhang II aufzunehmen. Nach Artikel 17 Absatz 3 des Übereinkommens können die Vertragsparteien gegen jede Änderung innerhalb von drei Monaten nach der Beschlussfassung Einwände notifizieren.

Im Namen der norwegischen Regierung notifiziert das Direktorat für Naturbewirtschaftung hiermit Einwände in Bezug auf die Aufnahme der folgenden Arten:

Monodon monoceros	(Narwal)
Balaenoptera physalus	(Finnwal)

Monodon monoceros:

Monodon monoceros ist bereits in Anhang III des Übereinkommens aufgeführt

is thereby a protected fauna species. At present Norway finds no indication of a declining population, which might justify a listing in Appendix II. A change in listing of the Narwhal, indeed of any species, must be made on the basis of scientific knowledge. There is no scientific data on the Narwhal at present which justifies an up-listing.

The Norwegian views pertaining to management of Narwhal are based upon its listing in Appendix III of the Convention. The reservation concerning its listing in Appendix II does in no way indicate any changes in Norway's management policy.

Norway acknowledges the need for further scientific research on Narwhal. We support the research done both under the auspices of the Scientific Committee of the International Whaling Commission (IWC) and the North Atlantic Marine Mammal Commission (NAMMCO). The Scientific Committee of the IWC has proposed to give priority to research on i.a. Narwhal in 1998. Furthermore, improved information on hunting statistics derived from the newly established control and inspection system established by NAMMCO will improve our knowledge of this species.

If the scientific research mentioned above should indicate that this species should be reclassified, Norway will reconsider her reservation concerning this species.

Balaenoptera physalus:

Balaenoptera physalus has been listed in Appendix III of the Convention and is thereby protected. Norway's management of Finwhale is based upon its listing in Appendix III of the Convention. The reservation concerning its listing in Appendix II does not reflect any changes in Norway's management policy. Available scientific information on this species does not give any grounds for a reclassification. Data from the International Whaling Commission (IWC) Scientific Commission show that the North Atlantic population of this species is not threatened, but in fact, increasing. Norway's reservation concerning this species is based upon the findings of the Scientific Committee of the IWC."

Norwegen am 13. März 1997:

"At its 16th meeting in Strassburg, 2-6 December 1996, the Standing Committee of the Bern Convention adopted several

und gehört daher zu den geschützten Tierarten. Norwegen sieht gegenwärtig keine Anzeichen für einen Rückgang der Population, der eine Aufnahme in Anhang II rechtfertigen würde. Änderungen bei der Einstufung des Narwals – sowie im Grunde aller Arten – müssen auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgen. Gegenwärtig gibt es keine wissenschaftlichen Angaben über den Narwal, die eine Höherstufung rechtfertigen.

Die norwegische Sicht in Bezug auf Hege und Nutzung des Narwals beruht auf dessen Nennung in Anhang III des Übereinkommens. Der Vorbehalt in Bezug auf seine Aufnahme in Anhang II deutet keinesfalls auf Änderungen in der Hege- und Nutzungspolitik Norwegens hin.

Norwegen erkennt die Notwendigkeit weitergehender wissenschaftlicher Forschungsarbeit in Bezug auf den Narwal an. Wir unterstützen die Forschungsarbeit, die unter der Schirmherrschaft sowohl des Wissenschaftsausschusses der Internationalen Walfangkommission (IWC) als auch der Nordatlantischen Kommission für Meeressäuger (NAMMCO) geleistet wird. Der Wissenschaftsausschuss der IWC hat empfohlen, der Forschungsarbeit unter anderem in Bezug auf den Narwal 1998 Vorrang einzuräumen. Ferner werden bessere Informationen über Fangstatistiken aus dem kürzlich von der NAMMCO eingerichteten Kontroll- und Inspektionssystem unser Wissen über diese Art vertiefen.

Sollte sich aufgrund der genannten wissenschaftlichen Forschungsarbeit zeigen, dass diese Art neu einzustufen ist, wird Norwegen seinen Vorbehalt in Bezug auf diese Art erneut prüfen.

Balaenoptera physalus:

Balaenoptera physalus ist in Anhang III des Übereinkommens aufgeführt und daher geschützt. Norwegens Hege und Nutzung des Finnwals beruht auf dessen Nennung in Anhang III des Übereinkommens. Der Vorbehalt in Bezug auf seine Aufnahme in Anhang II deutet keinesfalls auf Änderungen in der Hege- und Nutzungspolitik Norwegens hin. Verfügbare wissenschaftliche Erkenntnisse über diese Art geben keinen Anlass zu einer Höherstufung. Angaben des Wissenschaftsausschusses der Internationalen Walfangkommission zeigen, dass die nordatlantische Population dieser Art nicht gefährdet ist, sondern tatsächlich anwächst. Der Vorbehalt Norwegens in Bezug auf diese Art beruht auf den Erkenntnissen des Wissenschaftsausschusses der IWC."

(Übersetzung)

„Auf seiner 16. Tagung vom 2. bis 6. Dezember 1996 in Straßburg hat der Ständige Ausschuss des Berner Übereinkommens

amendments to the Appendices of the Convention. The decision implies including a number of species for Appendix I, i.e. strictly protected plant species, Appendix II, i.e. strictly protected fauna species, and III, i.e. protected fauna species.

Objection to amendments of the Convention according to Article 17, paragraph 3

On behalf of the Norwegian Government the Directorate for Nature Management would like to notify an objection to the inclusion of the plant species *Rheum rhaponticum* L. in Appendix I of the Convention. The reason why Norway has come to this conclusion is that *Rheum rhaponticum* L. has been introduced to Norway, and that its inclusion in Appendix I from our point of view, comes into conflict with the objectives of Article 11, paragraph 2b of the Convention, which call for the strict control of non-native species. According to our present state of knowledge *Rheum rhaponticum* L. has been used as an ornamental and medicinal plant, and is thought to originate from Middle Asia. Finally, however, we would like to inform you that our objection does not imply that Norway at present have any intentions of changing her management practice concerning this species.

Interpretation with regard to listing of marine species – geographical coverage

Concerning the adopted list of marine species for the inclusion in Appendices II and III, Norway understands that these listings only apply to the geographical area of the Mediterranean Sea, as it is reflected in Article 1, paragraph 1 of the Convention for the Protection of the Marine Environment and the Coastal Region of the Mediterranean adopted in Barcelona on 16 February 1976 and amended on 15 June 1995. It reads:

‘Article 1

Geographical Coverage

1. For the purposes of this Convention, the Mediterranean Sea Area shall mean the maritime waters of the Mediterranean Sea proper, including its gulfs and seas, bounded to the west by the meridian passing through Cape Spartel lighthouse, at the entrance of the Straits of Gibraltar, and to the east by the southern limits of the Straits of the Dardanelles between Mehmetcik and Kumkale lighthouses.’

This interpretation is also reflected in a letter from the Bern Convention Secretariat of 5 March 1997. Norway therefore understands that the listing of these marine species in Appendix II and III has no consequences for populations or parts of populations appearing outside this area.

verschiedene Änderungen der Anhänge des Übereinkommens beschlossen. Der Beschluss schließt die Aufnahme einer Anzahl von Arten in Anhang I (Streng geschützte Pflanzenarten), in Anhang II (Streng geschützte Tierarten), in Anhang III (Geschützte Tierarten) ein.

Einwand gegen Änderungen des Übereinkommens nach Artikel 17 Absatz 3

Im Namen der norwegischen Regierung möchte das Direktorat für Naturbewirtschaftung einen Einwand gegen die Aufnahme der Pflanzenart *Rheum rhaponticum* L. in Anhang I des Übereinkommens notifizieren. Der Grund für diese Entscheidung Norwegens ist, dass *Rheum rhaponticum* L. in Norwegen angesiedelt wurde und seine Aufnahme in Anhang I aus unserer Sicht im Widerspruch zu Artikel 11 Absatz 2 Buchstabe b des Übereinkommens steht, in dem die strenge Überwachung und Begrenzung nicht heimischer Arten gefordert wird. Unserem gegenwärtigen Kenntnisstand entsprechend wird *Rheum rhaponticum* L. als Schmuck- und Heilpflanze genutzt und stammt vermutlich aus Zentralasien. Abschließend möchten wir Sie jedoch darüber informieren, dass unser Einwand nicht bedeutet, dass Norwegen gegenwärtig die Absicht hat, seine Methoden der Hege und Nutzung in Bezug auf diese Art zu ändern.

Auslegung im Hinblick auf die Aufnahme von im Meer vorkommenden Arten – geographischer Geltungsbereich

In Bezug auf die zur Aufnahme in die Anhänge II und III beschlossene Liste der im Meer vorkommenden Arten ist Norwegen der Auffassung, dass diese Listen nur für das geographische Gebiet des Mittelmeers gelten, so wie dieses in Artikel 1 Absatz 1 des in Barcelona angenommenen Übereinkommens vom 16. Februar 1976 zum Schutz der Meeresumwelt und der Küstenregion des Mittelmeers, geändert am 15. Juni 1995, festgelegt ist. Artikel 1 Absatz 1 des genannten Übereinkommens lautet wie folgt:

„Artikel 1

Geographischer Geltungsbereich

(1) Im Sinne dieses Übereinkommens umfasst das Mittelmeergebiet die Meerestwasser des eigentlichen Mittelmeers einschließlich seiner Golfe und Meeresteile, westlich begrenzt von dem Meridian, der durch den Leuchtturm von Kap Spartel am Eingang der Meerenge von Gibraltar führt, und östlich begrenzt von der südlichen Grenzlinie der Dardanellen-Meerenge zwischen den Leuchttürmen von Mehmetcik und Kumkale.’

Diese Auslegung kommt auch in einem Schreiben des Sekretariats des Berner Übereinkommens vom 5. März 1997 zum Ausdruck. Norwegen ist daher der Auffassung, dass die Aufnahme dieser im Meer vorkommenden Arten in die Anhänge II und III keine Auswirkungen auf Populationen oder Teilpopulationen hat, die außerhalb dieses Gebiets vorkommen.

On this background we would like to emphasize the importance of a practice giving Parties the possibility of listing populations to the Convention.”

Vor diesem Hintergrund möchten wir die Bedeutung einer Praxis unterstreichen, die den Vertragsparteien die Möglichkeit gibt, Populationslisten zu dem Übereinkommen beizutragen.“

Norwegen am 20. Februar 1998:

(Übersetzung)

“Objection to decision made at the 17th meeting of the Standing Committee of the Bern Convention

„Einwand gegen den auf der 17. Tagung des Ständigen Ausschusses des Berner Übereinkommens gefassten Beschluss

The 17th Standing Committee meeting of the Bern Convention (1–5 December 1997) decided to list a number of species on Appendices I (i.e. strictly protected plant species), II (i.e. strictly protected fauna species) and III (i.e. protected fauna species). According to Article 17, paragraph 3 of the Convention Contracting Parties must notify objections to any amendment within three months after its adoption.

Auf der 17. Tagung des Ständigen Ausschusses des Berner Übereinkommens (1. bis 5. Dezember 1997) wurde beschlossen, verschiedene Arten in Anhang I (Streng geschützte Pflanzenarten), Anhang II (Streng geschützte Tierarten) und Anhang III (Geschützte Tierarten) aufzunehmen. Nach Artikel 17 Absatz 3 des Übereinkommens müssen die Vertragsparteien Einwände gegen eine Änderung innerhalb von drei Monaten nach der Beschlussfassung notifizieren.

Objection to inclusion of *Dracocephalum ruyschiana* on Appendix I

Einwand gegen die Aufnahme von *Dracocephalum ruyschiana* in Anhang I

On behalf of the Norwegian Government, the Directorate for Nature Management will notify objection to the inclusion of *Dracocephalum ruyschiana* L. in Appendix I of the Convention.

Im Namen der norwegischen Regierung notifiziert das Direktorat für Naturbewirtschaftung einen Einwand gegen die Aufnahme von *Dracocephalum ruyschiana* L. in Anhang I des Übereinkommens.

D. ruyschiana is considered common in its range in Norway. A strict protection of this species under the obligations given by the Convention for species in Appendix I is thus not considered relevant since Appendix I species should primarily be species regarded as endangered or vulnerable. We support the idea of listing such species with unfavourable conservation status in parts of its range. We regard the inclusion of *D. ruyschiana* in Appendix I to be useful in certain regions of the geographical range of the Convention, but not necessarily for the whole population within the geographical range of the Convention.”

D. ruyschiana wird in ihrem Verbreitungsgebiet in Norwegen als häufig vorkommend angesehen. Ein strenger Schutz dieser Art aufgrund der Verpflichtungen, die das Übereinkommen für die Arten in Anhang I vorsieht, wird daher nicht als erforderlich betrachtet, da es sich bei den Arten in Anhang I hauptsächlich um als gefährdet oder empfindlich angesehene Arten handeln sollte. Wir unterstützen den Gedanken, Arten aufzunehmen, deren Erhaltungssituation in Teilen ihres Verbreitungsgebiets ungünstig ist. Wir halten die Aufnahme von *D. ruyschiana* in Anhang I in einigen Regionen des geographischen Geltungsbereichs des Übereinkommens für nützlich, jedoch nicht notwendigerweise für die gesamte Population im geographischen Geltungsbereich des Übereinkommens.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 22. Oktober 1987 (BGBl. II S. 755).

Berlin, den 11. November 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens zur Verminderung der Staatenlosigkeit**

Vom 11. November 2004

Das Übereinkommen vom 30. August 1961 zur Verminderung der Staatenlosigkeit (BGBl. 1977 II S. 597) wird nach seinem Artikel 18 Abs. 2 für

Lesotho am 23. Dezember 2004

Liberia am 21. Dezember 2004

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 23. Juli 2003 (BGBl. II S. 1135).

Berlin, den 11. November 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen**

Vom 11. November 2004

Das Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen (BGBl. 1964 II S. 957) ist nach seinem Artikel 51 Abs. 2 für die

Komoren am 27. Oktober 2004

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 17. Februar 2004 (BGBl. II S. 378).

Berlin, den 11. November 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

Bekanntmachung zu dem Europäischen Auslieferungsübereinkommen

Vom 11. November 2004

Folgende Staaten haben dem Generalsekretär des Europarats als Verwahrer des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1964 II S. 1369) die nachstehenden Erklärungen notifiziert:

Belgien am 26. April 2004 mit Wirkung vom selben Tage:

(Übersetzung)

«Conformément à l'article 28, paragraphe 3, de la Convention européenne d'extradition, la Belgique déclare qu'elle applique la loi du 19 décembre 2003, transposant la Décision-Cadre du Conseil de l'Union européenne du 13 juin 2002 relative au mandat d'arrêt européen et aux procédures de remise entre Etats membres, à l'arrestation et la remise de toute personne depuis le 1^{er} janvier 2004 dans les relations avec la Belgique et les Etats membres de l'Union européenne. Cette loi s'appliquera également dans les relations entre la Belgique et les nouveaux Etats membres à partir de la date de leur adhésion à l'Union.

Par exception, la Convention européenne d'extradition du 13 décembre 1957 et les autres conventions en matières d'extradition resteront d'application, à titre transitoire

1. avec les Etats membres qui n'ont pas transposé la décision-cadre au 1^{er} janvier 2004 ou à la date de leur adhésion, et ce jusqu'au jour où ces Etats auront notifié au secrétariat général du Conseil de l'Union européenne qu'ils se sont mis en conformité;
2. pour la remise à la Belgique (État d'émission) de personnes:
 - a) recherchées pour des faits commis avant le 1^{er} novembre 1993 et arrêtées en France;
 - b) recherchées pour des faits commis avant le 7 août 2002 et arrêtées en Autriche ou en Italie.»

„Im Einklang mit Artikel 28 Absatz 3 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens erklärt Belgien, dass es das Gesetz vom 19. Dezember 2003, welches den Rahmenbeschluss des Rates der Europäischen Union vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten umsetzt, seit dem 1. Januar 2004 im Hinblick auf Festnahme und Übergabe aller Personen in den Beziehungen zwischen Belgien und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union anwendet. Das Gesetz findet auch auf die Beziehungen zwischen Belgien und den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union Anwendung, und zwar mit dem Datum ihres Beitritts zur Union.

Im Wege einer Ausnahmeregelung finden das Europäische Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 sowie die anderen Auslieferungsübereinkünfte übergangsweise weiterhin Anwendung:

1. im Verhältnis zu Mitgliedstaaten, die den Rahmenbeschluss am 1. Januar 2004 beziehungsweise zum Zeitpunkt ihres Beitritts noch nicht umgesetzt haben, und zwar bis diese Staaten dem Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union die Anpassung ihrer Rechtsordnung notifiziert haben;
2. betreffend die Übergabe an Belgien (als ersuchenden Staat) von Personen,
 - a) die für vor dem 1. November 1993 verübte Handlungen gesucht werden und in Frankreich in Haft sind;
 - b) die für vor dem 7. August 2002 verübte Handlungen gesucht werden und in Österreich oder Italien in Haft sind.“

Ungarn am 6. Mai 2004 mit Wirkung vom 27. Mai 2004:

(Übersetzung)

“In accordance with Article 28, paragraph 3, of the European Convention on Extradition, the Republic of Hungary hereby notifies the Council of Europe of the implementation of the Council Framework Decision of 13 June 2002 on the European arrest warrant and the surrender procedures between Member States of the European Union (2002/584/JHA).

„Im Einklang mit Artikel 28 Absatz 3 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens notifiziert die Republik Ungarn hiermit dem Europarat, dass sie den Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten (2002/584/JHA) umgesetzt hat.

The Framework Decision was implemented in Hungarian Law by Act No. CXXX of 2003. The Act entered into force on 1st May 2004 and is applicable to requests for surrender made by Member States of the European Union as from that date. The provisions of the European arrest warrant thereby replace the corresponding provisions of the European Convention on Extradition, signed in Paris, on 13 December 1957 and its two Protocols of 15 October 1975 and 17 March 1978 in the relation to Member States of the European Union, insofar as the Framework Decision is applicable in relations between the Republic of Hungary and the other Member State.”

Der Rahmenbeschluss wurde durch das Gesetz Nr. CXXX von 2003 in ungarisches Recht umgesetzt. Das Gesetz trat am 1. Mai 2004 in Kraft und findet auf ab diesem Datum gestellte Übergabeersuchen von Mitgliedstaaten der Europäischen Union Anwendung. Der Europäische Haftbefehl ersetzt somit die entsprechenden Bestimmungen des am 13. Dezember 1957 in Paris unterzeichneten Europäischen Auslieferungsübereinkommens und seiner beiden Protokolle vom 15. Oktober 1975 und vom 17. März 1978 in Bezug auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, soweit der Rahmenbeschluss in den Beziehungen zwischen der Republik Ungarn und dem betreffenden anderen Mitgliedstaat anwendbar ist.”

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. April 2004 (BGBl. II S. 652).

Berlin, den 11. November 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Konvention
über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes**

Vom 11. November 2004

Die Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (BGBl. 1954 II S. 729) wird nach ihrem Artikel XIII Abs. 3 für die

Komoren am 26. Dezember 2004
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 22. Oktober 2003 (BGBl. II S. 1661).

Berlin, den 11. November 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens über den Schutz von Schlachttieren**

Vom 12. November 2004

Das Europäische Übereinkommen vom 10. Mai 1979
über den Schutz von Schlachttieren (BGBl. 1983 II
S. 770) wird nach seinem Artikel 20 Abs. 3 für

Bulgarien am 21. Januar 2005
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die
Bekanntmachung vom 12. September 2003 (BGBl. II
S. 1504).

Berlin, den 12. November 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christoph Müller

**Bekanntmachung
des deutsch-pakistanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 12. November 2004

Das in Islamabad am 13. April 2004 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Islamischen Repu-
blik Pakistan über Finanzielle Zusammenarbeit 2000,
2001 und 2002 ist nach seinem Artikel 6

am 13. April 2004
in Kraft getreten. Es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 12. November 2004

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Ursula Schäfer-Preuss

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Pakistan über Finanzielle Zusammenarbeit 2000, 2001 und 2002

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Islamischen Republik Pakistan –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen Republik Pakistan,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Islamischen Republik Pakistan beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Verbalnote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland vom 22. November 2000, auf den Ergebnisvermerk vom 5. Dezember 2001 über die Regierungsverhandlungen vom 3. bis 5. Dezember 2001 und auf den Ergebnisvermerk vom 12. Dezember 2002 über die Regierungsverhandlungen vom 11. und 12. Dezember 2002 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Islamischen Republik Pakistan, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main, folgende Beträge zu erhalten:

1. Darlehen bis zu insgesamt 41 587 177,82 EUR (in Worten: einundvierzig Millionen fünfhundertsiebenundachtzigtausendeinhundertsiebenundsiebzig 82/100 EUR) für die Vorhaben
 - a) „Gesundheitsprogramm Nördliches Pakistan“ bis zu 6 269 378,22 EUR (in Worten: sechs Millionen zweihundertneunundsechzigtausenddreihundertachtundsiebzig 22/100 Euro),
 - b) „Gesundheitsprogramm Nördliches Pakistan“ bis zu 5 112 918,81 EUR (in Worten: fünf Millionen einhundertzweiundzwanzigtausendneunhundertachtundzweiundzwanzig 81/100 Euro),
 - c) „Mittelgroßes Wasserkraftwerk“ bis zu 3 956 459,41 EUR (in Worten: drei Millionen neunhundertsechszehntausendvierhundertneunundfünfzig 41/100 Euro),
 - d) „Mittelgroßes Wasserkraftwerk“ bis zu 11 248 421,38 EUR (in Worten: elf Millionen zweihundertachtundvierzigtausendvierhunderteinundzwanzig 38/100 Euro),
 - e) „Mittelgroßes Wasserkraftwerk“ bis zu 15 000 000,- EUR (in Worten: fünfzehn Millionen Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist;

2. Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 6 135 502,58 EUR (in Worten: sechs Millionen einhundertfünfunddreißigtausendfünfhundertzwei 58/100 Euro) für die Vorhaben

a) „Tuberkulose-Kontrollprogramm“ bis zu 3 579 043,17 EUR (in Worten: drei Millionen fünfhundertneunundsiebzigtausenddreihundertvierzig 17/100 Euro),

b) „Ausrüstung Basisgesundheits Nordwestgrenzprovinz“ bis zu 2 556 459,41 EUR (in Worten: zwei Millionen fünfhundertsechszehntausendvierhundertneunundfünfzig 41/100 Euro),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass sie als Vorhaben der sozialen Infrastruktur die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen;

3. einen Finanzierungsbeitrag für die Einrichtung eines Studien- und Fachkräftefonds „Erneuerbare Energien“ bis zu 5 000 000,- EUR (in Worten: fünf Millionen Euro).

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Pakistan durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird ein in Absatz 1 Nummer 2 bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, oder als eine selbsthilfeeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, andernfalls ein Darlehen gewährt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Islamischen Republik Pakistan zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(4) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Absatz 1 Nummer 3 und Absatz 3 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Darlehen beziehungsweise der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 3 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehensbeziehungsweise Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für die Beträge in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben a und c endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2008, für die Beträge in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben b und d sowie in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 2 Buchstaben a und b mit

Ablauf des 31. Dezember 2009 und für die Beträge in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe e und in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 3 mit Ablauf des 31. Dezember 2010.

(3) Die Regierung der Islamischen Republik Pakistan, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(4) Die Regierung der Islamischen Republik Pakistan, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Islamischen Republik Pakistan stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Islamischen Republik Pakistan erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Islamischen Republik Pakistan überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Die nachfolgenden Finanzierungsbeiträge, die im Abkommen vom 9. Juli 1992 zwischen unseren Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 1992 genannt sind, werden mit den nachfolgend genannten Beträgen reprogrammiert und zusätzlich als Finanzierungsbeiträge für die nachfolgend genannten Vorhaben verwendet, wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist:

1. Die für das Vorhaben „Zweites Familiengesundheitsprogramm“ vorgesehenen Finanzierungsbeiträge in Höhe von 30 000 000,- DM (in Worten: dreißig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 15 338 756,44 EUR, in Worten: fünfzehn Millionen dreihundertachtunddreißigtausendsiebenhundertsechsfünfundzig 44/100 Euro) mit einem Betrag von 3 000 000,- EUR (in Worten: drei Millionen Euro) zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben a und b erwähnte Vorhaben „Gesundheitsprogramm Nördliches Pakistan“;
2. die für das Vorhaben „Zweites Familiengesundheitsprogramm“ vorgesehenen Finanzierungsbeiträge in Höhe von 30 000 000,- DM (in Worten: dreißig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 15 338 756,44 EUR, in Worten: fünfzehn Millionen dreihundertachtunddreißigtausendsiebenhundertsechsfünfundzig 44/100 Euro) mit einem Betrag von 3 700 000,- EUR (in Worten: drei Millionen siebenhunderttausend Euro) zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b erwähnte Vorhaben „Ausrüstung Basisgesundheits Nordwestgrenzprovinz“;
3. die für das Vorhaben „Zweites Familiengesundheitsprogramm“ vorgesehenen Finanzierungsbeiträge in Höhe von 30 000 000,- DM (in Worten: dreißig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 15 338 756,44 EUR, in Worten: fünfzehn Millionen dreihundertachtunddreißigtausendsiebenhundertsechsfünfundzig 44/100 Euro) mit einem Betrag von 2 118 177,46 EUR (in Worten: zwei Millionen einhundertachtzehntausendeinhundertsiebenundsiebzig 46/100 Euro)

zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a erwähnte Vorhaben „Tuberkulose-Kontrollprogramm“;

4. die für das Vorhaben „Erosionsschutz und Aufforstung in den Einzugsbereichen der Staudämme Tarbela und Mangla“ vorgesehenen Finanzierungsbeiträge in Höhe von 20 000 000,- DM (in Worten: zwanzig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 10 225 837,62 EUR, in Worten: zehn Millionen zweihundertfünfundzwanzigtausendachthundertsiebenunddreißig 62/100 Euro) mit einem Betrag von 405 191,68 EUR (in Worten: vierhundertfünftausendeinhunderteinundneunzig 68/100 Euro) zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a erwähnte Vorhaben „Tuberkulose-Kontrollprogramm“.

(2) Die nachfolgend genannten Darlehen werden mit den nachfolgend genannten Beträgen reprogrammiert und in Höhe der Gesamtsumme von 51 129 188,13 EUR (in Worten: einundfünfundzig Millionen einhundertneunundzwanzigtausendeinhundertachtundachtzig 13/100 Euro) zusätzlich als Darlehen für das Vorhaben „Umspannstation Ghakkar“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist:

1. Das im Abkommen vom 9. Juli 1987 zwischen unseren Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 1987 für das Vorhaben „500-kV-Übertragungsleitung Lahore – Jamshoro“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 15 500 000,- DM (in Worten: fünfzehn Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 7 925 024,16 EUR, in Worten: sieben Millionen neunhundertfünfundzwanzigtausendvierundzwanzig 16/100 Euro) sowie das im Abkommen vom 29. Mai 1988 für das Vorhaben „Niederdruckwasserkraftwerk Chasma Barrage“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 100 000 000,- DM (in Worten: einhundert Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 51 129 188,12 EUR, in Worten: einundfünfundzig Millionen einhundertneunundzwanzigtausendeinhundertachtundachtzig 12/100 Euro) – bei den Regierungsverhandlungen 1993 für die „Sahiwal 500/220 kV-Umspannstation“ mit 7 500 000,- DM (in Worten: sieben Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 3 834 689,11 EUR, in Worten: drei Millionen acht-hundertvierunddreißigtausendsechshundertneunundachtzig 11/100 Euro) reprogrammiert – mit einem Betrag von insgesamt 2 812 105,35 EUR (in Worten: zwei Millionen acht-hundertzwölf-tausendeinhundertfünf 35/100 Euro);
2. das im Abkommen vom 14. Dezember 1989 zwischen unseren Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 1989 für das Vorhaben „Energieentwicklungsfonds im Privatsektor (Private Sector Energy Development Fund)“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 45 000 000,- DM (in Worten: fünfundvierzig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 23 008 134,65 EUR, in Worten: dreiundzwanzig Millionen achttausendeinhundertvierunddreißig 65/100 Euro) – bei den Regierungsverhandlungen 1993 für das „Kraftwerk Kot Addu“ reprogrammiert – mit einem Betrag von 3 630 172,36 EUR (in Worten: drei Millionen sechshundertdreißigtausendeinhundertzweiundsiebzig 36/100 Euro);
3. das im Abkommen vom 29. November 1990 zwischen unseren Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 1990 für das Vorhaben „Kraftwerk Guddu“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 50 000 000,- DM (in Worten: fünfzig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 25 564 594,06 EUR, in Worten: fünfundzwanzig Millionen fünfhundertvierundsechzigtausendfünfhundertvierundneunzig 6/100 Euro) mit einem Betrag von 204 516,75 EUR (in Worten: zweihundertviertausendfünfhundertsechzehn 75/100 Euro);
4. das im Abkommen vom 5. April 1995 zwischen unseren Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 1994 für das Vorhaben „Warenhilfe für die pakistanische Eisenbahn“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 40 000 000,- DM (in Worten: vierzig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 20 451 675,25 EUR, in Worten: zwanzig Millionen vierhunderteinundfünfundzigtausendsechshundertfünfundsechzig 25/100 Euro) mit einem Betrag von 20 451 675,25 EUR (in

Worten: zwanzig Millionen vierhunderteinundfünfzigtausendsechshundertfünfsiebzig 25/100 Euro);

5. das im Abkommen vom 20. Dezember 1995 zwischen unseren Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 1995 für das Vorhaben „Gasturbinenkraftwerk Kot Addu“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 15 000 000,- DM (in Worten: fünfzehn Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 7 669 378,22 EUR, in Worten: sieben Millionen sechshundertneunundsechzigtausenddreihundertachtundsiebzig 22/100 Euro) sowie das im Abkommen vom 13. August 1998 zwischen unseren Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit 1997 für das Vorhaben „Wärme­kraftwerk Kot Addu –

Integriertes Entsorgungssystem“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 32 000 000,- DM (in Worten: zweiunddreißig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 16 361 340,19 EUR, in Worten: sechzehn Millionen dreihundert­einundsechzigtausenddreihundertvierzig 19/100 Euro) mit einem Betrag von insgesamt 24 030 718,41 EUR (in Worten: vierundzwanzig Millionen dreißigtausendsiebenhundertachtzehn 41/100 Euro).

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Islamabad am 13. April 2004 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Christoph Brümmer

Für die Regierung der Islamischen Republik Pakistan
Dr. Waqar Masood Khan

Bekanntmachung des deutsch-bangladeschischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 12. November 2004

Das in Dhaka am 2. Mai 2004 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch über Finanzielle Zusammenarbeit 2002 ist nach seinem Artikel 6

am 2. Mai 2004

in Kraft getreten. Es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 12. November 2004

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Ursula Schäfer-Preuss

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch über Finanzielle Zusammenarbeit 2002

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Volksrepublik Bangladesch –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bangladesch,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Volksrepublik Bangladesch beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Regierungsverhandlungen vom 15. November bis 17. November 2002 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Volksrepublik Bangladesch und beziehungsweise oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, Finanzierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 20 000 000,- EUR (in Worten: zwanzig Millionen Euro) zu erhalten, für die Vorhaben

1. „Entwicklung ländlicher Straßen und Märkte in den Divisionen Khulna und Barisal (RIIP)“ bis zu 12 500 000,- EUR (in Worten: zwölf Millionen fünfhunderttausend Euro);
2. „Privatsektor Stromverteilung, erneuerbare Energien/Solarenergie“ bis zu 7 500 000,- EUR (in Worten: sieben Millionen fünfhunderttausend Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist. Zusätzlich werden für die Vorhaben „Entwicklung ländlicher Märkte in den Divisionen Khulna und Barisal“ und „Privatsektor Stromverteilung, erneuerbare Energien/Solarenergie“ Reprogrammierungsmittel zur Verfügung gestellt. Die Einzelheiten der Mittelherkunft ergeben sich aus Artikel 5.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Volksrepublik Bangladesch zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummern 1 und 2 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2010.

(2) Die Regierung der Volksrepublik Bangladesch, soweit sie nicht selbst Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Volksrepublik Bangladesch stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Volksrepublik Bangladesch erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Volksrepublik Bangladesch überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Der in dem Abkommen vom 9. August 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Streckenlokomotiven“ im Eisenbahnbereich vorgesehene Finanzierungsbeitrag in Höhe von bis zu 22 000 000,- DM (in Worten: zweiundzwanzig Millionen Deutsche Mark), entsprechend 11 248 421,39 EUR (in Worten: elf Millionen zweihundertachtundvierzigtausendvierhunderteinundzwanzig 39/100 Euro) wird mit einem Betrag von bis zu 2 500 000,- EUR (in Worten: zwei Millionen fünfhunderttausend Euro) zur Verwendung für das Vorhaben „Entwicklung ländlicher Märkte in den Divisionen Khulna und Barisal“ und mit einem Betrag von bis zu 2 700 000,- EUR (in Worten: zwei Millionen siebenhunderttausend Euro) zur Verwendung für das Vorhaben „Privatsektor Stromverteilung, erneuerbare Energien/Solarenergie“ reprogrammiert.

(2) Der in dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepu-

blik Bangladesch vom 5. August 1999 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Ersatz und Rehabilitation von Fähren“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag in Höhe von bis zu 20 000 000,- DM (in Worten: zwanzig Millionen Deutsche Mark), entsprechend 10 225 837,62 EUR (in Worten: zehn Millionen zweihundertfünfundzwanzigtausendachthundertsiebenunddreißig 62/100 Euro) und der in den Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch vom 10. August 2000 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Hafenbagger für den Hafen Chittagong“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag in Höhe von bis zu 15 000 000,- DM (in Worten: fünfzehn Millionen Deut-

sche Mark), entsprechend 7 669 378,22 EUR (in Worten: sieben Millionen sechshundertneunundsechzigtausenddreihundertachtundsiebzig 22/100 Euro) werden mit einem Gesamtbetrag von bis zu 15 696 660,75 EUR (in Worten: fünfzehn Millionen sechshundertsechsundneunzigtausendsechshundertsechzig 75/100 Euro) zur Verwendung für das Vorhaben „Kraftwerk Dhaka Nord“ reprogrammiert.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Dhaka am 2. Mai 2004 in zwei Urschriften, jede in deutscher, bengalischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des bengalischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dietrich Andreas

Für die Regierung der Volksrepublik Bangladesch
Mirza Tasadduk Hossain Beg

Bekanntmachung des deutsch-bangladeschischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 12. November 2004

Das in Dhaka am 2. Mai 2004 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch über Finanzielle Zusammenarbeit 2001 ist nach seinem Artikel 5

am 2. Mai 2004

in Kraft getreten. Es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 12. November 2004

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Ursula Schäfer-Preuss

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch über Finanzielle Zusammenarbeit 2001

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Volksrepublik Bangladesch –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bangladesch,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Volksrepublik Bangladesch beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Regierungsverhandlungen vom 20. November bis 22. November 2001 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Volksrepublik Bangladesch und beziehungsweise oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, Finanzierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 20 710 000.– EUR (in Worten: zwanzig Millionen siebenhundertzehntausend Euro) zu erhalten, für die Vorhaben

- a) Übertragungsleitung Baghabari – Bogra („Transmission Line Baghabari – Bogra“) bis zu 20 450 000.– EUR (in Worten: zwanzig Millionen vierhundertfünfzigtausend Euro),
- b) Investitionsförderung in der Privatwirtschaft („Promotion of Investment in the Private Sector“) bis zu 260 000.– EUR (in Worten: zweihundertsechzigtausend Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Volksrepublik Bangladesch zu einem späte-

ren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben a bis b genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2009.

(2) Die Regierung der Volksrepublik Bangladesch, soweit sie nicht selbst Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Volksrepublik Bangladesch stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Volksrepublik Bangladesch erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Volksrepublik Bangladesch überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Dhaka am 2. Mai 2004 in zwei Urschriften, jede in deutscher, bengalischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des bengalischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dietrich Andreas

Für die Regierung der Volksrepublik Bangladesch
Mirza Tasadduk Hossain Beg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des VN-Waffenübereinkommens
sowie der Protokolle hierzu**

Vom 17. November 2004

I.

Das Übereinkommen vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (BGBl. 1992 II S. 958; 1993 II S. 935), wird nach seinem Artikel 5 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Paraguay	am 22. März 2005
Sierra Leone	am 30. März 2005
Sri Lanka	am 24. März 2005.

II.

Das Protokoll über nichtentdeckbare Splitter (Protokoll I) – BGBl. 1992 II S. 958, 967 – wird nach Artikel 5 Abs. 4 des Übereinkommens für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Paraguay	am 22. März 2005
Sierra Leone	am 30. März 2005.

III.

Das Protokoll über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung (Protokoll II in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung) – BGBl. 1997 II S. 806, 807 – wird nach seinem Artikel 2 in Verbindung mit Artikel 8 Abs. 1 Buchstabe b und Artikel 5 Abs. 4 des Übereinkommens für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Malta	am 24. März 2005
Paraguay	am 22. März 2005
Sierra Leone	am 30. März 2005
Sri Lanka	am 24. März 2005.

IV.

Das Protokoll über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Brandwaffen (Protokoll III) – BGBl. 1992 II S. 958, 975 – wird nach Artikel 5 Abs. 4 des Übereinkommens für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Paraguay	am 22. März 2005
Sierra Leone	am 30. März 2005
Sri Lanka	am 24. März 2005.

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,70 € (2,80 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,30 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

V.

Das Protokoll vom 13. Oktober 1995 über blindmachende Laserwaffen (Protokoll IV) – BGBl. 1997 II S. 806, 827 – wird nach seinem Artikel 2 in Verbindung mit Artikel 5 Abs. 4 des Übereinkommens für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Malta am 24. März 2005

Polen am 23. März 2005

nach Maßgabe der nachstehenden, bei Notifikation durch das Protokoll IV gebunden zu sein, angebrachten Erklärung:

(Übersetzung)

Declaration (Courtesy Translation)(Original: Polish)

„The Republic of Poland believes that the provisions of the Additional Protocol should also be applied in peacetime.“

Erklärung (Höflichkeitsübersetzung)(Original: Polnisch)

„Die Republik Polen ist der Auffassung, dass das Zusatzprotokoll auch in Friedenszeiten Anwendung finden soll.“

Es wird ferner für

Sierra Leone am 30. März 2005

Sri Lanka am 24. März 2005

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 26. April 2004 (BGBl. II S. 775) und vom 28. Juni 2004 (BGBl. II S. 1101).

Berlin, den 17. November 2004

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer